

Warum "Studentenpolitik"?

Warum, so fragen sich viele Kollegen, engagiert sich die Hochschülerschaft in Fragen der Mitbestimmung und in Fragen der Gesellschaft so stark? Warum beschränkt sie sich nicht auf eine reine Service- und Sozialpolitik, weil auf diese Weise mehr Hörgelder wieder direkt dem Studenten zugute kämen.

Nun, die Antwort ist recht einfach.

Beschränkte sich die Hochschülerschaft auf eine reine Servicearbeit, würde sie den Studenten zum bloßen Almosenempfänger degradieren. Man könnte vielleicht dann punktuell die Situation einiger weniger etwas verbessern, aber nichts Prinzipielles ändern. Oder anders ausgedrückt, man würde auf viele Rechte verzichten, die den Studenten zustehen, oder viele Ungerechtigkeiten in Kauf nehmen.

So ist es zum Beispiel ein gravierender Unterschied, ob der sozial schwächer gestellte Student eine staatliche Studienbeihilfe erhält, oder ob er einen Zuschuß aus irgendeinem Hilfsfond bekommt. In einem Fall werden aufgrund des Prinzips der Chancengleichheit gewisse Ungerechtigkeiten ausgeglichen, für die der Einzelne nichts kann, im anderen Fall ist vielleicht die Nächstenliebe das Motiv (ein edles Prinzip, gewiß, aber zuwenig), oder es handelt sich gar um eine billige Sympathiewerbung.

Das Prinzip der Chancengleichheit (hat mit "Gleichmacherei" überhaupt nichts zu tun) ist ein wichtiger gesellschaftlicher Faktor; die staatliche Studienbeihilfe ist aufgrund dieses Prinzips von den Studierenden aber erst erkämpft worden. Es war also notwendig, politisch zu agieren, um dies zu erreichen.

Der Student hat das Recht auf eine gute Ausbildung. Wenn man nun in den Studiengesetzen wunderschöne Studienziele definiert, wenn man von erhöhter Verantwortung gegenüber der menschlichen Gesellschaft spricht usw. dann, ja dann soll man auch die entsprechenden Konsequenzen ziehen und dem Studenten Eigenverantwortung und Eigeninitiative in seinem Studium zugestehen. Dann muß man auch akzeptieren, daß der Student sich über seine Ausbildung Gedanken macht und seine Kritik ausspricht.

Mir erscheint es schizophren, wenn der junge Mensch bis zu dem Augenblick, in dem er sein Hochschulabgangszeugnis in den Händen hält, für nicht fähig gehalten wird, Verantwortung zu üben (nicht einmal gegenüber sich selbst), und wenige Sekunden später in der Lage sein soll, die Geschicke einer ganzen Abteilung zu führen.

Aus der Überlegung, daß man das, was man später tun muß, auch während der Ausbildung üben sollte, daß man das, was man während des Studiums lernt, nachher auf dem "freien Arbeitsmarkt verkaufen" muß, rührt das Interesse und Engagement der Hochschülerschaft an Fragen des Studienrechts und der Studienreform.

Denn das sogenannte "Arbeitsplatzrisiko" trägt einzig und allein der Arbeitssuchende, nicht aber derjenige, der ihn aus- oder vorgebildet hat. Und wie soll man dann die erforderlichen Leistungen und Qualifikationen erbringen können, wenn das Modell, das unseren Studiengängen zugrunde liegt, längst überholt ist ("Harmoniemo- dell"; Wissenschaft und Technik als Freund des Menschen, der akademische Techniker als einsam schöpfendes Genie usw...)

Über den Bereich der politischen Arbeit hinaus hat natürlich die Studentenvertretung auch noch die Pflicht, im Rahmen ihrer Möglichkeiten für das materielle Wohl der Studenten einzutreten. Deshalb bietet die Hochschülerschaft eine ganze Reihe von sogenannten Serviceleistungen an, angefangen von der Vermittlung von Jobs, Wohnungen und Nachhilfestunden bis zum Verkauf verbilligten Studienbedarfs, Skripten Kopien. Das kann nur ein Teil der Arbeit sein - und wir haben es auch immer so gehalten - denn mit unseren Mitteln könnten wir nur einigen helfen, nicht aber all denen, die unsere Hilfe brauchen.

Deshalb muß man zusehen, wie man diejenigen, die über die nötigen Mittel verfügen, dazu bringt, die Aufgaben wahrzunehmen, für die wir allein zu schwach sind. Dies erreicht man dann, wenn die Studenten mit der ÖH ihre Vorstellungen massiv vertreten.